Grüne Netzpolitik
Unterwegs in die digitale Zukunft

1. Einleitung

Die fortschreitende Digitalisierung hat Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche, Netzpolitik ist daher eine Querschnittsaufgabe für grüne Politik. Mit dem neuen Themenschwerpunkt «Grüne Netzpolitik» wollen wir die Chancen der Informationsgesellschaft nutzen, aber auch die Risiken frühzeitig erkennen. Das Internet ist aus Sicht der Grünen nicht nur ein technisches Instrument, sondern ein Ort des Austausches, der auch für mehr demokratische Mitbestimmung und für eine nachhaltigere Gesellschaft genutzt werden kann und soll. Den grössten Handlungsbedarf sehen die Grünen beim Netzzugang, beim Datenschutz, bei den Urheberrechten, sowie beim enormen Energie- und Ressourcenverbrauch durch die technische Infrastruktur.

Die Grundrechte bilden die Eckpfeiler der grünen Netzpolitik. Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit müssen auch im Internet gelten. Demokratische und offene Diskussionsforen müssen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Auch der Schutz privater Daten, die angemessene Vergütung von AutorInnen und KünstlerInnen und der Schutz ihrer Urheberrechte, sowie das Recht auf öffentliche Informationen im Netz müssen durchgesetzt werden. Darüber hinaus müssen in der Netzpolitik auch die grüne Wirtschaft und die Energiewende, zwei zentrale Themen der Grünen, zur Anwendung kommen.

Viele offene Fragen lassen sich nicht von heute auf morgen beantworten. Deshalb werden wir im Austausch mit Fachleuten aus Wirtschaft, Geistes- und Naturwissenschaften, Kultur und der Zivilgesellschaft unsere Ideen und Konzepte kontinuierlich weiterentwickeln.

2. Die Eckpfeiler Grüner Netzpolitik

Die folgenden Abschnitte beschreiben zentrale Themenfelder, die wir mit der Grünen Netzpolitik aufgreifen wollen.

Universaler Zugang zum Internet

Das Internet ist für das moderne Leben und die Ausübung der Grundrechte unerlässlich geworden. Das Internet spielt eine wichtige Rolle für die Demokratisierungsbewegungen weltweit. Ähnlich einem Service Public sollte das Internet ohne Schranken und Diskriminierung allen zugänglich sein. In diesem Sinne kämpfen wir für die Abschaffung aller Monopole, gegen die Zensur und für einen universellen Zugang zum Internet. Dies bedeutet auch, dass der Zugang zu einem leistungsfähigen Breitband-Internet für alle erschwinglich gemacht wird.

Informationen und Dienstleistungen der öffentlichen Hand (Bund, Kantone, Gemeinden) und staatsnaher Betriebe müssen barrierefrei zugänglich sein. Mit geeigneten Instrumenten muss Barrierefreiheit auch im privaten Bereich gefördert werden.

Wir engagieren uns auch dafür, dass unser Land mithilft, die digitale Kluft in der Welt zu reduzieren. Internationale Abkommen sollen den freien Zugang zum Internet garantieren und die Vergabe der Domain-Namen auf gerechte Weise kontrollieren. Der Zugang zum Internet und zu digitalen Technologien muss auch Teil der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sein.

Für Netzneutralität – gegen Internet-Filter

Die Grünen wollen kein Zwei-Klassen-Internet. Die Netzinfrastruktur und die Inhalte des Internets sollen allen gleichermassen zur Verfügung stehen. Dafür steht der Grundsatz der Netzneutralität. Er besagt, dass Daten im Internet gleichberechtigt übertragen werden – ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Zieles, ihres Inhalts, verwendeter Anwendungen oder eingesetzter Geräte.

Verletzt wird die Neutralität des Internets, wenn Anbieter oder staatliche Stellen ohne richterlichen Beschluss Inhalte des Netzes sperren, filtern oder die Nutzung drosseln oder bevorzugen.
Einen bevorzugten Transport bestimmter Inhalte gegen Aufpreis lehnen wir ab. Wir setzen uns ein für die rechtliche Verankerung der Netzneutralität in der Schweiz.

Wir wenden uns gegen jede Form von staatlichen Internet-Filtern. Sie sind die technische Voraussetzung für umfassende Überwachung aller Nutzenden. Kriminelle Handlungen im Internet (u.a. Cyberkriminalität, Pädophilie) werden schon heute geahndet. Wer auf seinem Computer den Zugang zu bestimmten Angeboten verhindern will, kann dafür lokale Filter einsetzen.

Schutz der Privatsphäre

Auch wer online unterwegs ist, hat das Recht, dass seine persönlichen Daten vor Missbrauch geschützt werden. Es muss rechtliche Klarheit herrschen, welche Informationen auf welche Weise veröffentlicht, für andere Zwecke verwendet oder an Dritte weitergegeben werden dürfen und welche Grundsätze zum Schutz der Privatsphäre gelten. Wir wollen einen Datenschutz, der es jeder und jedem selbstbestimmt ermöglicht, eigene Daten und Informationen zu veröffentlichen und aktiv mit anderen zu teilen. Dazu gehört ein gesetzlich garantiertes Recht auf pseudonyme und anonyme Kommunikation und auch das „Recht auf Vergessen".

Die „Cybersicherheit" darf kein Deckmantel für einen Schnüffelstaat sein. Wir lehnen die verdachtsunabhängige Speicherung von Informationen ab. Ermittlungen müssen rechtsstaatlich geregelt sein. Die Statistiken über die Anzahl und Art der Kontrollen müssen öffentlich gemacht werden. Eingriffe in Grundrechte wie die Meinungs- oder Informationsfreiheit darf es nur auf gesetzlicher Grundlage und durch gerichtlichen Beschluss geben. Das heimliche Ausspionieren von Computern und den Einsatz von Staatstrojanern lehnen wir ab.

Urheberrechte

Das Internet verändert die Produktion, Verbreitung und die Nutzung von Wissen, Kunst und Kultur. Das Urheberrecht hat im digitalen Zeitalter an Bedeutung und Notwendigkeit gewonnen.
Die UrheberInnen müssen selbst über die Verwertung ihrer Werke entscheiden können. Welche Rechte sie freigeben und welche nicht, liegt in ihrer Verantwortung. Dies bedeutet zum Beispiel, dass sie entscheiden, ob ihre Werke im Internet kostenlos oder gegen Entgelt genutzt werden dürfen. Ebenso, ob sie Dritten deren Verwendung oder Bearbeitung erlauben.

Für eingeräumte Nutzungsrechte haben die UrheberInnen immer einen Anspruch auf angemessene Vergütung. Für die gesetzwidrige private Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke (z.B. beim Upload in Tauschbörsen) sollen alternative Vergütungsmodelle entwickelt werden. Strafverfolgung und Zugangssperren erachten die Grünen als die falschen Mittel.

Ebenso und in erster Linie sind gewerbliche NutzerInnen konsequent in die Pflicht zu nehmen. Illegale gewerbliche Nutzung muss geahndet werden. Die Urheberpersönlichkeitsrechte müssen auch im digitalen Bereich respektiert werden.

Die Grünen unterstützen die Schaffung und die Verbreitung von geistigen Werken (Erfindungen, Kunstwerken, Wissen, Praktiken), die allen zugänglich sind und im Dienste der Allgemeinheit stehen. Freie Lizenzen (z. B. die GNU oder Creative Commons) ermöglichen dies.

Grünes Internet

Die digitale Welt verbraucht enorme Mengen an Material und Energie: Der mit dem Internet verbundene Materialaufwand nimmt in der Schweiz jedes Jahr um 20‘000 Tonnen zu. Der Betrieb und die Nutzung des Internets braucht bereits mehr Strom als ein AKW zu produzieren vermag. 10% des gesamten privaten Stromverbrauchs entfallen heute auf Computer und Unterhaltungselektronik. Gleichzeitig binden die digitalen Geräte wertvolle endliche Ressourcen wie seltene Erden und verursachen eine steigende Menge an Elektroschrott. Computer und Smartphones werden zudem oft unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt. Die Grünen fordern eine bessere Information der KonsumentInnen über die Arbeitsbedingungen bei der Produktion von Geräten und deren Komponenten.

Massnahmen zur Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs sind dringend zu ergreifen, insbesondere auch bei den Internetnutzenden, den Privathaushalten und den Unternehmen. Diese brauchen drei Mal mehr Material und verbrauchen zwanzig Mal mehr Energie als die Internetprovider. Es braucht Effizienzvorschriften und Verbrauchsstandards für Geräte sowie die Förderung von Geräten mit geringem Materialbedarf. Ausserdem muss die Lebens- und Nutzungsdauer der Geräte verlängert werden. Um die Langlebigkeit der Geräte zu fördern, unterstützen die Grünen die Forderung nach einer obligatorischen Basisgarantie von drei Jahren für alle neuen elektronischen Geräte. Seiten- und NetzwerkbetreiberInnen sollen den Energieverbrauch offensiv kommunizieren und Energie aus erneuerbaren Quellen verwenden. Energieeffiziente, ressourcenschonende und fair produzierte Informationstechnologie muss im 21. Jahrhundert zum Standard werden.

Für die NutzerInnen des Internets sind zudem auch elektromagnetische Felder relevant. Die Grünen fordern eine verstärkte Information der Bevölkerung über die emissionsarme Nutzung der modernen Kommunikationstechnologie, tiefere Grenzwerte, industrieunabhängige Forschung und die konsequente Umsetzung des Vorsorgeprinzips.

Open Data und Open Source

Das Netz kann die Transparenz politischer Prozesse verbessern. Voraussetzung für demokratische Teilhabe ist der Zugang zu Informationen im Sinne eines aktiven Öffentlichkeitsprinzips. Offengelegte Daten sind ein Schlüssel für mehr Demokratie. Amtliche Dokumente, Analysen, Gutachten, Erhebungen und Statistiken sollten nicht nur auf Nachfrage herausgegeben werden, sondern im Internet veröffentlicht und damit frei verfügbar sein. «Open Government Data» ermöglichen Innovation, Transparenz und Kosteneinsparungen.

Wir fordern die zeitnahe, vollständige und schnelle Offenlegung von offiziellen Dokumenten gemäss dem Öffentlichkeitsgesetz und einen einfachen, diskriminierungsfreien und für Private kostenlosen Zugang. Die Grünen unterstützen die Open Data Bewegung. Wir setzen uns ebenso für «Open Science Data» ein, für frei verfügbare wissenschaftliche Publikationen und Forschungsdaten. Regierung und Verwaltung sollten zudem in Zukunft stärker auf innovative kollaborative Werkzeuge setzen, um die Kommunikation und den Austausch mit den BürgerInnen zu stärken.

Die Behörden, insbesondere der Bund, müssen in Zukunft auf Software setzen, die unabhängig von Betriebssystemen arbeiten und deren Quelltext öffentlich zugänglich ist («Open Source»). Damit würden auch Investitionen in die lokale Wirtschaft ausgelöst. Mit Open Source Software wird auch die Abhängigkeit des Staates gegenüber einzelnen Unternehmen und anderen Staaten vermindert.

Medienkompetenz

Medienkompetenz ist die Grundvoraussetzung, um selbstbestimmt an der digitalen Welt teilzuhaben. Medienpädagogik muss dazu als verpflichtender Teil in die Ausbildung von pädagogischen Berufen und in die Lehrpläne integriert werden, um Kinder und Jugendliche auf Risiken aufmerksam zu machen. Dabei soll auch berücksichtigt werden, dass Mädchen und Knaben sowohl einen unterschiedlichen Zugang zum Internet als auch einen unterschiedlichen Umgang mit dem Internet haben. Auch Eltern brauchen mehr Unterstützungsangebote.

AutorInnen: Balthasar Glättli, Daniel Graf, Iwan Schauwecker und Miriam Behrens

Verabschiedet durch die Delegierten der Grünen Partei Schweiz am 25. August 2012

Quellen

- Jos van Dijk, Preliminary not on the assignment of a EGP working group on Digital Rights, 10. Juli 2011
- Grüne Netzpolitik, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. http://www.gruene-bundestag.de/themen/netzpolitik/gruene-netzpolitik.html
- Mehr Demokratie ist die Lösung – Netzpolitik, Bündnis 90/Die Grünen, BuVo-Beschluss vom 12.10.2011, http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2011_Antraege/D-02__offenheit_freiheit_teilhabe_die_chancen.pdf (MDidL)
